

Buchhandel Nach dem Wegfall der Preisbindung sieht selbst der Branchenverband Positives

«Markt ist nicht nur des Teufels»

Der grosse Umsturz auf dem Buchmarkt ist bislang ausgeblieben. Zahlreiche Buchhändler nutzen die neue Freiheit bei Preisgestaltung und Werbung. Doch sie trauen dem Ganzen noch nicht richtig.

Christof Forster, Bern

Der Aufschrei bei Händlern und Verlegern war gross, als der Bundesrat im vergangenen Mai die Buchpreisbindung definitiv fallen liess. Sie warnten vor den «irreversiblen Konsequenzen» des Entscheids. Der Bundesrat riskierte damit, dass ein Grossteil der Bücher deutlich teurer werde. Die Bemühungen um den Erhalt des Kulturgutes Buch würden zu nichts gemacht. Inzwischen konnten Buchhändler während vier Monaten Erfahrungen mit der freien Preisgestaltung sammeln – Zeit für eine Zwischenbilanz.

Am augenfälligsten waren die Preisabschläge nach dem Fall der Buchpreisbindung bei den Bestsellern. Ex Libris, Weltbild und Orell Füssli gewähren bis zu 30 Prozent auf den meistverkauften Titeln. Beim grossen Rest des Sortiments ist die Entwicklung uneinheitlich. Ex Libris verkauft diese Bücher mit 15 Prozent Rabatt. Damit will die Migros-Tochter ins Ausland verlorenen Umsatz, etwa an den Internet-Buchhändler Amazon, zurückholen. Auch Weltbild hat nicht nur die Preise der Bestseller gesenkt.

Mehr Bücher verkauft

Die Buchhandelsgruppe Thalia fährt derzeit ohne Rabatte noch besser. Über die gesamte Branche gesehen sei die Prognose des Buchhändler- und Verlegerverbands eingetreten, sagt Geschäftsführer Dani Landolf: «Das Gros der Bücher ist tendenziell teurer geworden.» Ein genaues Bild der Marktentwicklung hat der Verband allerdings nicht. Weil es solche in anderen Branchen üblichen Erhebungen schlicht nicht gibt, ist man auf Beobachtungen und Schätzungen angewiesen.

Im neuen Regime können die Verlage keine verbindlichen Preise mehr diktieren, sie dürfen aber Preisempfehlungen abgeben. Laut Branchenbeobachtern sind die empfohlenen Verkaufspreise in den vergangenen Wochen um rund 1,5 Prozent gestiegen. Grund dafür sei jedoch nicht eine Kompensation der Einbussen bei den Bestsellern, sondern eine Anpassung an den teureren Euro, heisst es bei der Thalia-Gruppe. 80 Prozent der



Die Auswirkungen des Wegfalls der Buchpreisbindung sind längst nicht so dramatisch, wie sie vor deren Einführung im Mai von der Branche beschworen worden waren. (key)

Bücher stammen aus Deutschland. Nicht in das vom Branchenverband skizzierte Bild passen die Angaben vom Buchzentrum in Hägendorf, das stagnierende Preise meldet. Sein Marktanteil von gegen 40 Prozent in der Deutschschweiz erlaubt dem Grosisten einen gewissen Einblick in die Preisentwicklung.

Einig ist man sich in der Branche, dass die Buchverkäufe in den vergangenen Monaten gestiegen sind. Ob ein Zusammenhang mit dem Wegfall der Buchpreisbindung besteht, ist schwierig zu sagen. Stärker dürfte die gute Konjunktur das Buchgeschäft beflügeln.

Träge Kundschaft

Eine kleine Umfrage bei Buchhändlern in einigen Schweizer Städten zeigt, dass die neuen Freiheiten sehr unterschiedlich genutzt werden. Die Buchhandlung Stauffacher in Bern, die zur Thalia-Gruppe gehört, hält sich weiterhin an die empfohlenen Verkaufspreise der Verlage und ist damit gut gefahren, wie Vize-Filialeiterin Carola Klein sagt. Man habe deswegen nicht weniger Bestseller verkauft. Geplant ist eine Kundenkarte, Rabatte für Studenten gibts bereits. Für einige ist es noch zu früh für eine Bilanz. Er wisse nicht, ob er mit dem alten Modell besser gefahren sei,

sagt Ulrich Riklin, Chef der Münster-gass-Buchhandlung. Für ihn ist aber klar, dass es kein Zurück zur Preisbindung geben wird.

Viele Buchhändler stellen fest, dass die Kundschaft träge reagiert und der Preis selten eine zentrale Rolle spielt. Man ist auch erleichtert, dass Coop und Migros nicht mit billigen Massenangeboten den Markt überschwemmt haben.

Mehr Einfluss auf die Verkaufszahlen hat der Preis bei den teuren Wissenschafterbüchern. Die schwergewichtig in diesem Bereich tätige Karger Libri in Basel profitiert denn auch vom neuen System. Inhaber Philip Karger hat wiederholt den Branchenverband kritisiert, weil er mit dem Festhalten an der Preisbindung die Interessen der Grossen vertrete. So habe Thalia dank der Preisbindung «Traummargen erzielt», weil sie Bücher mit grossen Rabatten erhalten habe.

Der Vorschlag des Verbands

Den positiven Rückmeldungen kann sich auch der Branchenverband nicht verschliessen. «Der Markt ist nicht nur des Teufels», sagt Landolf. Viele Buchhändler schätzen die neuen Freiheiten. Sie haben Rabattkarten eingeführt oder können Aktionen bewerben. Dennoch führt der Wegfall der Preisbindung laut Landolf längerfristig zu einem ausge-

dünnem Angebot an Büchern. Deshalb setzt sich der Verband für ein Bandbreitenmodell ein (vgl. Kasten).

Politik wartet ab

Nach dem Entscheid des Bundesrats gegen die Buchpreisbindung hat die Wirtschaftskommission des Nationalrats ihre Arbeiten gestoppt. Die Kommission hatte den Auftrag, die Preisbindung gesetzlich zu verankern. Anfang September sprach sich eine knappe Mehrheit der Kommission für einen Zwischenhalt bis Mitte 2008 aus. Dann soll ein Bericht der Verwaltung zu den Auswirkungen des neuen Regimes vorliegen. Das sei kein Vorentscheid gegen die Buchpreisbindung, sagte Kommissionspräsident Caspar Baader (SVP, BS) auf Anfrage. Doch selbst der Branchenverband rechnet nicht mehr mit einer Rückkehr zum alten System. Er setzt sich nun für ein Bandbreitenmodell ein. Der Ladenpreis darf höchstens 20 Prozent über dem im Ausland verlangten Preis liegen. Rabatte sind möglich, dürfen allerdings den durch den Wechselkurs bestimmten Minimalpreis nicht unterschreiten. (for)

Lausanne

Verfehlungen im Polizeikorps

Gemäss einem internen Bericht sind bei der Lausanner Stadtpolizei schwere Verfehlungen vorgefallen. Erniedrigungen, Beleidigungen, verbaler Missbrauch, falsche Einsatzrapporte: Die Liste der gegen die Lausanner Polizei vorgebrachten Anschuldigungen ist lang, wie die welsche Sonntagszeitung «Le Matin Dimanche» schreibt. Das Blatt stützt sich auf einen Bericht, welcher dem Polizeikorps in den kommenden Wochen vorgestellt werden soll. Das 138 Seiten starke Dossier ist von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet worden, die seit 2005 Polizeibeamte anonym über ihre Arbeit aussagen lässt. Ausser den Verfehlungen kommen auch die Hierarchie und die Rolle der Vorgesetzten aufs Tapet.

Kommandant Gérald Hagenlocher bedauert die Vorfälle. Es habe sich aber nur eine Minderheit seiner 200-köpfigen Truppe etwas zu Schulden kommen lassen. Auf 30 000 Einsätze im Jahr gebe es lediglich drei oder vier Anzeigen gegen Beamte. Zudem seien die Aussagen des Berichts aus dem Zusammenhang gerissen. Die Dinge änderten sich, und ein fehlerhaftes Verhalten werde nicht mehr geduldet. (sda)

St. Gallen

Klares Ja zum Finanzausgleich

Der Kanton St. Gallen regelt den Finanzausgleich unter den Gemeinden neu. Die Vorlage wurde mit 47 778 zu 15 714 Stimmen klar angenommen – gegen den Widerstand von 20 kleineren Gemeinden, die einen Solidaritätsabbau befürchten. Die Stimmbeteiligung betrug 22,2 Prozent. 68 der 88 Gemeinden stimmten der Vorlage zu, darunter alle Städte mit Ausnahme von Altstätten. Nein-Mehrheiten gab es vor allem im Toggenburg, dem Linthgebiet, am Walensee und im Sarganserland. Mit dem neuen Finanzausgleich werden die Gemeindeautonomie gestärkt und der Steuerwettbewerb gefördert. Massgebend sind Steuerkraft, geografische Lage, Topografie und Schülerzahlen der einzelnen Gemeinden.

Keine Chance hatte eine Volksinitiative der SP für einen Systemwechsel bei den Steuern. Die Vorlage wurde mit 44 421 zu 20 265 Stimmen verworfen, bei einer Stimmbeteiligung von 22,4 Prozent. Sämtliche Gemeinden sagten Nein. Die Initianten forderten einen Kinderabzug nicht mehr beim steuerbaren Einkommen, sondern direkt beim Steuerbetrag. Profitiert hätten Familien mit kleinem Einkommen und vielen Kindern, nicht aber Familien, die bereits heute sehr wenig oder keine Steuern zahlen. (sda)

Schule

Schwarze Lehrerliste für alle Kantone

Alle Kantone müssen in Zukunft Lehrer, die ihre Unterrichtsbefugnis verloren haben, auf eine schweizweite Schwarze Liste setzen lassen. Das bringt eine höhere Sicherheit vor fehlbaren Lehrern. Die Liste verhindere, dass Fehlbare «wieder als Lehrer von Minderjährigen eingestellt werden», sagte die Präsidentin der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), Isabelle Chassot, in einem Interview, das in der «SonntagsZeitung» erschienen ist. «Die Kantone müssen uns ihre Fälle lückenlos melden.» Zudem müssten die Anstellungsbehörden bei der EDK nachfragen, ob ein Bewerber auf der sogenannten Schwarzen Liste stehe – «etwa, wenn keine aktuellen Referenzen vorliegen oder wenn Lücken im Lebenslauf bestehen».

Dass erst jetzt alle Kantone mitmachen müssen, führt Chassot auf die Kritik der Datenschützer zurück. «Sie argumentierten, die Rechtsgrundlage für die Liste sei ungenügend.» Damit seien verschiedene Kantone verunsichert worden. Unter Einhaltung des Datenschutzes sei die Liste aber rechtmässig. (sda)

SP Charta für Klimaschutz am Energiegipfel verabschiedet

«Referendum» gegen Atomkraft

Die SP Schweiz verabschiedete an ihrem Energiegipfel eine Charta und setzte mit einem präventiven Referendum ein Zeichen gegen Atomkraft.

Wer die Atomenergie als Option im Hinterkopf behalte, meine es nicht wirklich ernst mit der Energiewende, sagte Parteipräsident Hans-Jürg Fehr am Energiegipfel im Null-Energiehaus des Wasserforschungsinstituts Eawag in Dübendorf. Mit Entschlossenheit müsse die SP atomkritische Menschen zu Atomgegnern machen. Fehr lancierte die Idee «des schnellsten Referendums, das die Schweiz je gesehen hat». Um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, beginne die Partei jetzt – vorderhand noch symbolisch – mit der Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen eine mögliche Rahmenbewilligung für ein neues Atomkraftwerk.

Dank der Vorbereitung werde die SP dann wenn nötig in nur einer Woche die für eine Volksabstimmung notwendigen

50 000 Unterschriften sammeln. Per Unterschriftenbogen können sich 5000 Personen verpflichten, in einer Woche zehn Unterschriften zu sammeln. Fehr war gleich Erstunterzeichner des «vorsorglichen Referendums». Neben Entschlossenheit müsse die SP aber auch glaubwürdig aufzeigen, dass die Stromzukunft ohne die fünf Schweizer Atomkraftwerke möglich sei, sagte Fehr.

«Erneuerbar statt atomar»

Diesem Ziel dient die von den über 100 Teilnehmern verabschiedete Gipfelcharta «Erneuerbar statt atomar». Sie geht davon aus, dass die wirtschaftlichen Folgen der Klimaerwärmung das Gebirgs- und Tourismusland Schweiz besonders treffen. Um Gegensteuer zu geben, brauche es umfassende Massnahmen. Das 10-Punkte-Programm verlangt unter anderem eine sofortige Einführung der CO₂-Abgabe auf Benzin, ergänzend zur bereits beschlossenen Abgabe auf Heizöl. Bis 2020 seien die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 30 Prozent zu senken, als erster Schritt müsse das Reduktionsziel

gemäss CO₂-Gesetz von 10 Prozent unbedingt erreicht werden.

Kritik an Bundesrätin Leuthard

Nationalrätin und SP-Fraktionschefin Ursula Wyss kritisierte namentlich CVP-Bundesrätin und Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard, die «im Schlepptau der Erdöllobby stehe». Der Einkauf von CO₂-Zertifikaten auf dem internationalen Markt produziere hohe volkswirtschaftliche Kosten.

Es dürfe nicht sein, dass sich die Schweiz mit CO₂-Emissionszertifikaten freikaufe, selber aber nichts gegen die Klimaerwärmung unternehme. Nun seien Investitionen zur Effizienzsteigerung und Förderung erneuerbarer Energien im Inland gefragt. «Jetzt ist es Zeit zum Handeln», forderte Wyss. Umweltminister Moritz Leuenberger ortete in seiner Rede denn auch ein klares energiepolitisches Defizit: Klimapolitik sei in vielen westlichen Ländern ganz oben auf der Agenda der Regierungen. Das Bewusstsein, dass sie dorthin gehört, habe sich in der Schweiz aber noch nicht wirklich durchgesetzt. (sda)

In Kürze

«3+» darf Namen behalten

Zürich. Der TV-Sender 3+ darf seinen Namen behalten. Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum (IGE) hat eine Klage des Senders «3sat» wegen Verwechslungsgefahr in erster Instanz abgewiesen. Gemäss dem Gerichtsentcheid genieße die Marke «3+» als eigenständiges Zeichen Markenschutz, wie der Sender am Sonntag mitteilte.

Donath kritisiert SVP

Bern. Alfred Donath, der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), wirft der SVP vor, sie politisiere an der Grenze und beeinflusse so Rechtsextreme. Die SVP-Politik gehe an die Grenze dessen, was gerade noch erlaubt und salonfähig sei, sagte Donath in der «Südostschweiz am Sonntag».

Parteitag der Liberalen

Neuenburg. Die Liberale Partei der Schweiz (LPS) hat an ihrem Parteitag vom Samstag in Neuenburg die staatsbezogene, zentralistische und steuerorientierte Politik der SP kritisiert. Gleichzeitig brach die LPS eine Lanze für die Zweisprachigkeit. (sda)